

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 10

Artikel: Die neue Pariser "Volksfront"
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338562>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die neue Pariser «Volksfront»

Erstmalig wurde am 26. Juni 1972 in Paris nach längeren Diskussionen und Verhandlungen von den Parteivorständen der Sozialistischen Partei Frankreichs (PS) und der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) ein «gemeinsames Regierungsprogramm» veröffentlicht, das im Fall eines Wahlsieges der französischen Linksparteien in der Legislaturperiode 1973 bis 1978 verwirklicht werden soll. Als dritter Partner hat sich ein Teil der linksliberalen «Radikalen Partei» mit einem Zusatzprotokoll diesem Linkspakt angeschlossen. Das Programm wurde von François Mitterrand im Namen der PS, Georges Marchais für die PCF und Robert Fabre für die Radikalen unterzeichnet.

Chancen

In erster Linie interessiert man sich für die ziffernmässigen Chancen dieser Linksunion. In den letzten Parlamentswahlen des Juni 1968 betrug der stimmenmässige Abstand zwischen den Rechts- und den Linksparteien nur 4 Prozent. Dabei erreichte der gaullistisch-konservative Block als Reaktion auf die linksextreme Mai-Revolte 1968 ein Hoch von 46,39 Prozent, die Linksparteien fielen auf ein Tief von 42,38 Prozent (hievon die damalige sozialistisch-demokratische Linksföderation FGDS 21 Prozent und die KPF 20 Prozent).

Diese Ziffern waren bedeutungslos, solange die Kluft zwischen den Linksparteien unüberbrückbar schien. Nun ist mit dem neuen «Volksfrontpakt» 1972 in Frankreich ein neues innenpolitisches Kräfteverhältnis entstanden.

Programm

Zugleich entschlossen sich die französischen Linksparteien erstmalig zu einem Schritt, der über blosser Wahltaktik hinausführt: sie veröffentlichten ein detailliertes Regierungsprogramm (150 Schreibmaschinenseiten) und legten sich darin auf konkrete Schritte fest, durch die sie im Falle eines gemeinsamen Wahlsieges auf dem Weg friedlicher Reformen eine «sozialistische Umgestaltung» Frankreichs in die Wege leiten wollen. In erster Linie sollen die vom Gaullismus eingeschränkten demokratischen Freiheiten wiederhergestellt werden.

Innenpolitisch sollen im Rahmen eines für fünf Jahre gültigen Legislaturvertrages zwischen Linksregierung und Nationalversammlung die Wiederherstellung und Ausdehnung der demokratischen Rechte und Freiheiten verwirklicht werden.

Vorgesehen ist insbesondere die Abschaffung des Artikels 16, durch den der französische Staatspräsident ermächtigt wird, jederzeit aus eige-

nem Ermessen den Ausnahmezustand zu verhängen und unbegrenzte Vollmachten in Anspruch zu nehmen. Beseitigt werden sollen die von General de Gaulle in den sechziger Jahren eingeführten Ausnahmegerichte, die in den letzten Jahren eingeführte tagelange Polizeihaft ohne Rechtsbeistand und die in Frankreich immer noch bestehende Todesstrafe.

Ein entscheidendes Zugeständnis machte die PCF nach langen Verhandlungen mit der ausdrücklichen Verpflichtung, im Falle eines Meinungsumschwunges abzutreten: «Wenn die Parteien der Mehrheit das Vertrauen des Landes verlieren, verzichten sie auf weitere Machtausübung und begeben sich wieder in die Opposition.»

Struktur- und Sozialreformen

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik fordern die beiden Linksparteien die Ausdehnung des «öffentlichen Sektors». Nationalisiert oder verstaatlicht werden sollen demnach das Bank- und Versicherungswesen, die Flugzeugindustrie, die Rüstungsindustrie, die chemische Industrie, Wasserversorgung, Atomindustrie und Elektronik. Industriezweige, in denen der französische Staat bereits beteiligt ist (Hütten und Erdöl), sollen ganz verstaatlicht werden, beziehungsweise soll der Staat die Aktienmehrheit übernehmen. Im Fall von Enteignungen sollen die kleinen Aktienbesitzer entschädigt werden.

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer soll in der privaten und verstaatlichten Industrie verwirklicht werden: Betriebsdemokratie, erhöhte Befugnisse der Betriebsräte und betrieblichen Gewerkschaftsgruppen, Recht auf Einsichtnahme in die Geschäftsführung und Betriebsplanung.

Über eine Reihe von Sozialreformen einigten sich die beiden Parteien am leichtesten, so über das Versprechen, es werde in Frankreich keine unterbezahlten Arbeitskräfte mehr geben, das heisst keinen Monatslohn und keine Rente unter 1000 Francs (eine Forderung, für welche die grossen französischen Gewerkschaften verschiedener Richtungen schon seit dem Frühjahr 1972 eine Reihe von Streiks und Demonstrationen veranstalteten und über welche gegenwärtig zwischen Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und des Staates verhandelt wird), ferner die Wiederherstellung der 40-Stunden-Woche und die Pensionsberechtigung ab 60 für Männer und ab 55 für Frauen.

Ursachen

Zu verstehen ist diese neue französische Entwicklung nur im spezifischen geschichtlichen Rahmen und in der gegenwärtigen politischen Situation der 5. Republik: die relative Stärke der PCF (20 bis 25 Prozent der Wählerstimmen seit Kriegsende), ihre «nationale» und «staatserhaltende» Rolle und erstmalige Regierungsbeteiligung unter General de Gaulle während des Zweiten Weltkrieges und nachher.

Als Folge der mehrfachen Spaltung, Krise und Ohnmacht der französischen Linken gelang es den Rechtskräften im Mai 1958 nach einem Staatsstreich, die herkömmliche parlamentarische Demokratie abzuschaffen und ein autoritäres Regime zu errichten. Als weitere Folge dieses Ausnahmezustandes ereignet sich zehn Jahre später die linksextreme Mai-revolte: sie enthüllte die explosiven Widersprüche des gaullistischen Regimes, erschütterte den ganzen Staatsbau und legte geistigen Sprengstoff, der jetzt noch wirkt.

Weitere Konsequenzen waren de Gaulles verlorener Volksentscheid und Rücktritt 1969, Pompidous Wahl zum neuen Staatspräsidenten mit einer Minderheit der Wahlberechtigten und schliesslich Pompidous missglückter EWG-Volksentscheid im April 1972 (nur 36,11 Prozent der Wahlberechtigten stimmten mit Ja).

Zur Befestigung seines Regimes hatte de Gaulle ein neues Wahlsystem eingeführt, nach welchem das französische Parlament nicht mehr nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird. In jedem Wahlkreis kann jetzt nur noch *ein* Abgeordneter gewählt werden, entweder mit absoluter Mehrheit in einem ersten Wahlgang – dies ist nur in wenigen Fällen möglich – oder mit relativer Mehrheit im zweiten Wahlgang.

Praktisch sollten sich die Franzosen in den meisten Fällen für den Konservativen entscheiden.

Folgen

Soweit de Gaulles Kalkül, das tatsächlich zu seinen Lebzeiten in den meisten Fällen aufging: die Angstwahlen im Juni 1968 (nach der Links-revolte des gleichen Jahres) ergaben eine absolute gaullistisch-konservative Parlamentsmehrheit, obwohl die Wählerstimmen der Gaullisten beträchtlich darunter lagen. Da aber die Parteien der Linken und Mitte gespalten waren und die Gaullisten und Konservativen zumeist schon im ersten Wahlgang, jedenfalls aber in der Stichwahl Listenverbindungen eingingen, kam eine gaullistisch-konservative Parlamentsmehrheit zustande.

Eine Umkehrung der Wahltaktik – beispielsweise eine Spaltung des gaullistisch-konservativen Lagers, jedoch wahltaktische Abkommen der Links- und Mittelparteien – könnte aber bei gleicher Stimmenzahl zu entgegengesetzten Ergebnissen führen.

Dies ist die Kehrseite des von de Gaulle eingeführten Wahlsystems und die «mathematische» Grundlage der neuen «Volksfront».

Reaktionen

Vielfältig und gespalten wie die französischen Parteien und Gewerkschaften sind auch die Auffassungen zum neuen «Volksfrontbündnis». Die Linksparteien rechnen nicht mit einer blossen «Addition», sondern mit einer «Multiplikation» ihrer Wählerstimmen. Sie vermuten, dass zahl-

reiche Linkswähler, die sich aus Enttäuschung über die jahrelange Spaltung zurückgezogen hatten, nun wieder aktiv werden.

Die Zentrumsparteien hingegen prophezeien eine Wahlniederlage der Linksunion. Laut Lecanuet (CD) und Servan-Schreiber (Radikale) wird sich ein Teil der Sozialisten aus Angst vor der PCF dem Zentrum zuwenden. Andererseits ist diesen Voraussagen zufolge auch ein Teil der kommunistischen Wähler nicht bereit, einen Pakt mit der Sozialdemokratie zu honorieren.

Im Rechtsblock schliesslich erfolgte als wichtigste Reaktion auf die Bekanntgabe des Volksfrontpaktès die von Präsident Pompidou plötzlich verfügte Regierungsneubildung. Premierminister Chaban-Delmas wurde nach dreijähriger Amtsdauer entlassen. Der Ultragauillist Pierre Messmer wurde zum neuen Regierungschef ernannt. In einer knappen Regierungserklärung betonte er mit direkter Anspielung auf das Linksprogramm: «Wir verwerfen Theorien der Unordnung, die zur Zerstörung unserer Gesellschaftsordnung führen.»

Laut Pompidou ist die nächste französische Parlamentswahl keine normale Kraftprobe, wie sie in westlichen Demokratien in bestimmten Abständen erfolgt, sondern «ein Kampf um die weitere Existenz unserer verfassungsmässigen Einrichtungen» und muss daher «mit letzter Energie» geführt werden.

Von besonderem Interesse sind schliesslich die Reaktionen der Gewerkschaften, deren Führer Anfang August von Messmer zu ersten Gesprächen empfangen wurden. Ohne Vorbehalte hat sich für das neue Volksfrontabkommen nur die CGT ausgesprochen. Die CFDT ist bereit, die «fortschrittlichen» Seiten einer Volksfrontregierung von «links» her zu fördern, will sich aber grundsätzlich auf ein Abkommen politischer Parteispitzen nicht festlegen. Die Führungen von FO und anderen kleineren Gewerkschaften lehnen die Volksfront von «rechts» her ab, vor allem aus Misstrauen gegen die PCF und auch in der Erwägung, dass Gewerkschaften sich an parteipolitischen Kombinationen grundsätzlich nicht beteiligen sollen, wenngleich das Zustandekommen einer Volksfrontregierung jedenfalls mit völlig neuen Perspektiven für die ganze Gewerkschaftsbewegung verbunden wäre.